

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1922

84 (20.7.1922)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-875627](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-875627)

Waldlichter

für Stadt und Amt Elsfleth



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kosten das Vierteljahr Mh. 36. — einschließlich Bestellsgehalt.
Bestellungen übernehmen alle Postanstalten, Briefträger und unsere Boten.
Leitung: G. Sirk. Druck und Verlag von C. Sirk.

Anzeigen kosten die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum Mh. 2,50
Ausdrückliche Anzeigen Mh. 3. — Reklamazeile Mh. 4,50
Anzeigenannahme bis spätestens vormittags 10 Uhr am Tage der Ausgabe des Bl.

№ 84. Elsfleth, Donnerstag, den 20. Juli 1922. 1922.

Tages-Beizer.

(20. Juli.)
— Ausgang: 4 Uhr 27 Min.
— Untergang: 8 Uhr 35 Min.
Sonnwässer:
10 Uhr 28 Min. Vorm. — 11 Uhr Min. 05 Nm.

Beginnende Klärung.

Die Klärung der Regierungsbildung. — Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft auf dem Marische. — Zweidrittel-Mehrheit für das Schutzesetz.
Die interparteiliche Klärung beginnt sich langsam zu klären. In allen Fraktionen der bürgerlichen Mittelklassen wurde man sich über das Prinzip der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft einig. Ueber die Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die Arbeitsgemeinschaft in Erscheinung treten soll, schieben die Verhandlungen noch, insbesondere auch über die Teilnahme der bürgerlichen Volkspartei, auf deren Eintritt die Arbeitsgemeinschaft die Deutsche Volkspartei verlangt. Die Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Parteien sieht auf erzielte Schwierigkeiten. Nachdem die bürgerlichen Sozialdemokraten in ihrer Fraktionssitzung am Montag die Erweiterung einer Regierungskoalition nach rechts gegen drei Stimmen abgelehnt und die bürgerlichen Sozialdemokraten mit den Unabhängigen beschlossen haben, richteten sie an die Unabhängigen folgende drei Forderungen, die für die Frage der Arbeitsgemeinschaft als Grundlage dienen sollen:

1. Wie verhalten Sie sich zur Frage des Eintritts der bürgerlichen Sozialdemokraten in die Regierung?
 2. Seid Sie mit der Vertagung der Regierungsbildung bis zum Herbst einverstanden?
 3. Wie steht Sie zur Frage der Reichstagsauflösung?
- Die Unabhängigen beschäftigen sich gleichfalls in ihrer Fraktionssitzung mit der Frage der Arbeitsgemeinschaft. Sie scheinen auf ihren Eintritt in die Regierung keinen unbedingten Wert mehr zu legen. Die Unabhängigen von der Parteiaktionen der U. S. P. D. dem Reich, die sich fast alle gegen eine Arbeitsgemeinschaft mit der U. S. P. D. aussprechen, haben ihren Standpunkt auf die Fraktion nicht veräußert. Damit hat sich die Idee der Arbeitsgemeinschaft an Unabhängigen innerhalb der Unabhängigen Fraktion verloren. Die nächste Frage für die Unabhängigen bleibt nach wie vor die Gestaltung des Schutzesetzes. In parlamentarischen Kreisen ist allgemein die Auffassung verbreitet, daß die Frage der Regierungsbildung im Augenblick von den neuen Forderungen der Garantiekommision nicht im Sprich von geradezu ungeheuerlichen Forderungen auf dem Gebiete der Finanzkontrolle — in den Hintergrund treten müsse.

Der Beschluß der Unabhängigen.

Der „Berl. Vor-Anz.“ berichtet: Die Unabhängigen vom Montag nachmittags beschloßen: 1. die von der U. S. P. D. angebotene Koalitionsgemeinschaft bis zu ihrem Weiter zurückzustellen, 2. gegen die Vertagung der Regierungsbildung keinen Einpruch zu erheben, 3. daß alles schwerere Bedenken den Gesetzen der Reichspartei zuzunehmen. Durch den Beschluß der Unabhängigen, für die Gesetze der Republik zu stimmen, ist die parlamentarische erforderliche Zweidrittel-Mehrheit nicht mehr gegeben. Für das Gesetz haben von der bürgerlichen Volkspartei bis den Unabhängigen gerade um 360 von 409 Stimmen zu. Wie der „Berl. Tag.“ berichtet, wurde in der Fraktionssitzung der U. S. P. mit 99 gegen 17 Stimmen beschlossen, für das Schutzesetz zu stimmen. Die Unabhängigen liegt unter der Führung von Ledebour. Die „Freie Presse“ betont ähnlich wie der „Vorwärts“, daß aus der Arbeitsgemeinschaft eine sozialistische Massenarbeitsgemeinschaft bis zum Herbst entstehen müsse.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Der „Vor-Anz.“ erklärt: Ueber die angebotene bürgerliche Arbeitsgemeinschaft von der Deutschen Volkspartei bis zu den Demokraten ist zu sagen, daß sie nicht besteht. Inzwischen werden auch hier die letzten Momente in den Vorläufigen von drei Säulen getragenen Koalition, dem vielspaltigen als vierte Säule die bürgerliche Volkspartei beigefügt wird, wohl erst nach den Sommerferien gelegt werden.
Das „Berl. Tag.“ veröffentlicht eine Zuschrift der Abgeordneten Marx, Stresemann, Beyerlein und betreffend die Stellung der bürgerlichen Volkspartei. Es heißt darin: Es wurde allerdings von Herrn Marx betont, daß die derzeitige Einbeziehung der bürgerlichen Volkspartei nicht möglich sei. Dr. Stresemann erklärte demgegenüber, daß man nach Abschluß der letzten Verhandlungen für das Gesetz zum Schutze der Republik auch an die bürgerliche Volkspartei herantritt. An der Auffassung, daß es sich bei der Arbeitsgemeinschaft nicht um einen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie handele, waren alle Beteiligten einig. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Mittelklassen darf als gegeben gelten. — Die „Vor-Anz.“ bemerkt: Zunächst wird man von dieser Arbeitsgemeinschaft absehen, was als Voraussetzung der künftigen innerpolitischen Krise festzustellen ist. Es bleibt bis auf weiteres alles beim Alten.

Der gährende Abgrund.

Nach Erlass des Gesetzes über die Autonomie der Reichsbank hätte die Reparationskommission bei der deutschen Regierung angetragt, nunmehr auf Maßnahmen zur Begrenzung der Notenausgabe bedacht zu sein. Bei Vertagung hierüber hat der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, die außerordentliche Kurssteigerung der Mark wertvolle Arbeit. Sollte nicht die Entwicklung hoffnungslos abwärts gehen, so müßten die mit ausländischen Werten zu deckenden Leistungen wesentlich eingeschränkt und hinausgeschoben werden. Der finanzpolitische Ausschuss billigt und unterläßt das Bemühen der Reichsregierung um Erlangung eines Moratoriums. Nur dadurch wäre der deutsche Kredit wieder herzustellen und eine vollständige Umkehr zu ermöglichen. Dann könnte Deutschland auch auf ein erträgliches Maß herabgesetzte Reparationsverpflichtungen erfüllen, ohne dadurch eine fortschreitende Verarmung seines eigenen Wirtschaftslebens wie des gesamten Weltmarktes herbeizuführen. Erst dann wäre der Zeitpunkt gekommen, zu dem wirksamste Vorarbeiten zur Begrenzung des Notenumlaufs für den Reichsbankrat werden könnten.

Und dabei stellt sich die Reparationskommission steigenden Kapitalreichtum Deutschlands, ungeheure Dividenden-Ausschüttungen der Industrieunternehmen und ein gesteigertes Wohlleben in Deutschland fest. Daß aber dieser angebliche Kapitalreichtum in fast wertlosen Papieren besteht und daher nur ein Scheinreichtum ist, hinter dem sich die größte Not und das größte Elend der breiten Schichten des deutschen Volkes ausbreitet, will die Reparationskommission nicht sehen. Wie es mit unserer wirtschaftlichen und finanziellen Vermögenssituation steht, hat der finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates jetzt wieder mit aller entsetzlichen Deutlichkeit festgelegt. Wenn unsere Gegner nicht bald zur Einsicht kommen, dann führen wir rettungslos in den Abgrund.

Deutscher Reichstag.

251. Sitzung.

Der Gesetzentwurf über die Vereinfachung des Notgeldes wird in allen drei Lesungen angenommen. Danach soll alles Notgeld binnen drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingelöst werden.
Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes gegen die

Vorlage der Presse.

Der Ausschuss sieht in der Regierungsvorlage das Mindestmaß dessen, was zur Unterbrechung der Presse geschehen müsse. Er will außer der Abgabe von 1/2 Proz. der Solzverkaufspreise die gesamte Ausgabe mit einer Sonderabgabe von 1/4 vom Zehntel auskommen der Presse belassen. Grundbedingung wurde festgestellt, daß bei der Berechnung der Rückvergütung an die Zeitungen nach dem Papierverbrauch das für den Anfertigungsdruck verbrauchte Papier nicht berücksichtigt werden soll. Die Geltungsdauer des Gesetzes hat der Ausschuss vom 31. Dezember 1923 bis zum 31. Dezember 1924 verlängert.

Reichswirtschaftsminister Schmidt hält es für notwendig, ob das Gesetz in der Presse erheftete antinanzielle Angriffe abzuwehren. Leider sind in den letzten Monaten viele Zeitungen eingegangen und andere sind in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Wir können die Presse nicht der strammlosen Preisgestaltung der Papierindustrie preisgeben. Für einen demokratischen Staat ist eine unabhängige Presse eine Notwendigkeit. Der Verzicht, erhebliche Beiträge für die nationale Presse aus dem Solzverkauf herauszubekommen, müßte sich angeht die Wirtschaft auf eine Abgabe von 1/4 Prozent bedürfen. Gegen die Abgabe für sämtliche Ausdrucksartikel von 1/2 Prozent im Tarif, wie sie vom Ausschuss beschlossen wurde, hat die Regierung keine Bedenken.

Abg. Hüllein (Komm.) begründet Anträge, wonach die Abgabe vom Solzverkauf von 1/2 auf 7/8 Prozent, die Ausdrucksabgabe von 1/2 auf 1/4 Prozent, die Regierungsvorlage bringt wenigstens einen kleinen Fortschritt.

Reichswirtschaftsminister Schmidt wendet sich gegen einen Zentrumsantrag, der die Abgabefreiheit wirtschaftlicher Grundstücke von 10 auf 50 Hektar ausdehnen will. Bei der Annahme dieses Antrages würde die Solzabgabe ganz unumfänglich werden. Die Abgabe sei übrigens so gering, daß sie bei den hohen Gewinnen der Solzverkäufer nur nicht ins Gewicht falle.

Die kommunalistischen Anträge und der Zentrumsantrag werden abgelehnt. Annegewonnen wird ein Antrag Bruns (d.-n.), Fortmann (F.) und Gen., wonach die Zeitungen mit geringem Papierverbrauch bei der Rückvergütung verhältnismäßig besser bedacht werden sollen als die großen Zeitungen. Im übrigen werden die Ausschussbeschlüsse bestätigt. Die Verabschiedung des Gesetzes in dritter Lesung kann nicht erfolgen, weil Abg. Kugener (d.-n.) widerspricht.

Die am Sonntag wegen Verschuldungslosigkeit abgeordnete zweite Beratung der Novelle zum Erbschaftsteuergesetz wird dann abgefaßt. Die Ausschussbeschlüsse werden im wesentlichen bestätigt.

Zwangsanleihe.

Abg. Dr. Helfferich (d.-n.) erkennt an, daß die Regierungsvorlage im Ausschuss wesentliche Verbesserungen erfahren hat. Die grundsätzlichen Bedenken seiner

Kreunde gegen das Gesetz beständen demnach fort. Die ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft mit 70 Milliarden sei in der jetzigen Zeit der Geldknappheit unerträglich. Tatsächlich bestände eine Geldknappheit. Durch die Zwangsanleihe würden aus der deutschen Substanz weitere wertvolle Stücke dem Moloch Reparation in den Klauen gemorren werden. Gegen die Zwangsanleihe müßten wir stimmen, die Novellen zum Einkommen- und Erbschaftsteuergesetz werden wir annehmen.

Abg. Dr. Geyer (U. S.): Die Höhe der Zwangsanleihe ist ungenügend, der Zinssatz zu hoch. Eine weitere Verzinsung der Notenpresse würde die Inflation steigern. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft beantragt für die Zwangsanleihe eine Höhe von einer Milliarde Goldmark, wenigstens von 80 Milliarden Papiermark, und weiter eine Herabsetzung des Zinssatzes bis zu den Zinsen der Regierungsborrowing.
Abg. Hüllein (Komm.): Es läßt sich das ganze Steuerkomplex war, so nimmermehr die Zwangsanleihe. Der Ausschuss hat daraus vollends einen leeren Schemen gemacht. Der Betrag der Zwangsanleihe soll auf eine Milliarde Goldmark evtl. auf 100 Milliarden Papiermark erhöht und der Zinssatz herabgesetzt werden.

Abg. Curtius (D. Vpt.) lehnt eine Erhöhung über 60 Milliarden ab. Beistimmung für die Haltung seiner Partei sei die außerpolitische Bindung der Regierung. Die Zwangsanleihe dürfe nur zur Finanzierung der Reparationsrückstellungen dienen.

Die Vorlage wird in der Ausschusssitzung angenommen mit der Abänderung, daß die Grenze des zeichnungsrechtlichen Vermögens, bei dem Abgabe für Kinder zulässig sind, auf sozialdemokratischen Antrag von 5 auf 3 Millionen herabgesetzt wird. Die Zwangsanleihe soll gleichseitig mit den Novellen der Erbschafts- und der Einkommensteuer in Kraft treten. Hiernach wird in dritter Beratung die Novelle zur Einkommensteuer, die Erbschaftsteuer und die Zwangsanleihe gemäß den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung des von den Koalitionsparteien beantragten Gesetzentwurfes, wonach für Maßnahmen zum

Schulde der Republik

ein Kredit von höchstens 75 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wird.
Die Vorlage wird dem Haushaltsausschuss überwiesen.

Was Deutschland weggenommen wurde!

Die Abgeordneten Quas und Kuntze haben folgende Anfrage in Reichstag gestellt: Nach einer Zeitungsmitteilung hat der Oberste Rat die Höchstkosten für die einzelnen Besatzungsarmeen festgesetzt. Danach wären nämlich die französische Armee 440 Millionen Franken, die belgische Armee 102 Millionen Franken und die englische Armee 2 Millionen Pfund Sterling zu verbrauchen. Das sind nach dem jetzigen Kursstand insgesamt etwa 35 Milliarden Mark. 1) Trifft diese Zeitungsmitteilung zu? 2) Stellen diese 35 Milliarden die Gesamtkosten dar, die aus der Besetzung erwachsen? 3) Von welchem Zeitpunkt ab gilt diese Berechnung?

Eine fernere Zeitungsmitteilung besagt folgendes: „Eco National“ veröffentlicht heute die Summen, die Deutschland bisher an die Alliierten zahlte: Deutsche Besatzungen im Ausland, die von den Alliierten beschlagnahmt wurden, 11,7 Milliarden, Wert der deutschen Rente 5,7 Milliarden, Besetzungen des Reiches in den abgetretenen Gebieten 6,5 Milliarden, ausgeliefertes Gebietsvermögen 2 Milliarden, andere nicht militärische Zahlungen 6,8 Milliarden, Verlust der Rechte Deutschlands gegenüber alliierten Schulden 7 Milliarden, der Wert der Saarbergwerke 1,1 Milliarden, Kohlenlieferungen 7,3 Milliarden, andere Kosten 3,2 Milliarden, im ganzen 45,6 Milliarden. Hierzu muß man noch 100 Milliarden zulegen als Gegenwert der Gebiete, die in Westpreußen und Oberschlesien verloren wurden. Diese 145,6 Milliarden stellen mehr als ein Drittel des gesamten deutschen Vermögens dar. — Treffen diese Angaben, die erheblich über die feinerzeit im Reichstage von Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten gemachten Angaben hinausgehen, zu?

Der Sturm auf gegen Korfany.

Die Ernennung Albert Korfany zum Ministerpräsidenten hat in der gesamten polnischen Presse die heftigste Entrüstung hervorgerufen. Die gewalttätigen Proteste, bei denen der Wunsch nach Neuwahlen durchschimmer, erklären die eine Stimmung und zeigen die Situation außerordentlich schwierig erscheinen. So richtet zum Beispiel im „Nobonit“ das Zentralkomitee der P. P. S. an alle demokratischen Vaterlandsfreunde einen Appell, gegen die trübende Reaktion zusammenzutreten. Der „Nobonit“ seinerseits fordert, Polen hat bereits mehr als eine Regierung und verschiedene Minister gekannt, aber noch niemals eine derartige Verwirrung, wie sie das Kabinett Korfany darstellt. Noch niemals hat die Demokratie eine solche Entfremdung erlebt, wie gegenwärtig, um ihre Entrüstung gegen das Kabinett Korfany auszudrücken. Das ist mehr als eine Opposition, das ist bereits ein erweiterter Kampf, der sich außerhalb des Seim abspielen wird, und man muß sich auf die heftigste Erörterung der Regierung gefaßt machen. Die Ernennung Korfany bedeutet nicht das Ende der Krise, im Gegenteil, es beginnt vielmehr die gefährlichste aller Krisen, die die junge Republik Polen je gekannt hat. Das Kabinett Korfany gibt das Signal für schwere innere Kämpfe und es ist zu gleicher Zeit einer der schwierigsten Weiser für unsere auswärtige Politik.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Nach dem Stande vom 16. Juli 1922.)

allgemeine Lage. Die deutsche Wirtschaft ist gegenwärtig von einer schweren Krise betroffen...

Schwarz. Nachdem die Welt bis zum Anfang der Woche mit dem Preisrückgang der Waren...

Geld und Industrie. Die letzte Wertenerhebung bedeutet eine Vertiefung der Krise...

Warenmarkt. Die Warenverwertung hat die Feuerungspreise weiter ansteigen lassen...

Produktenmarkt. Der Markt läßt zurzeit eine recht nervöse Stimmung erkennen...

Warenmarkt. Die Preise letzteren unauflöslich weiter, die meisten der Dollar wieder zu fallen...

Lebenshaltung. Infolge der neuerlichen Saluaberichtigungen zeigt sich ein härterer Fortschritt...

Hus Nah und fern.

Elkfeld, den 20. Juli.

Volkshochschulkurse in Wangerooze. Im nächsten Winter findet wieder in Wangerooze ein Volkshochschulkurs statt...

Mörder der Reichsminister Rathenau. Die Mitglieder des Reichsminister Rathenau haben sich dem irdischen Richter feige entzogen...

Ein auswärtiger Fuhrmann. Der vor einem vorigen Geschäft am Dienstag mit einem Wagen hielt, als er wieder auf dem Wagen steigen wollte...

Konzertbericht. Auf das Opern- und Operetten-Konzert des Braker Orchesters unter Leitung von Hans Schumacher...

Das Reichsgericht hat eine Entscheidung gefällt. Die dazugehörige Verfügung nach wie vor gesetzlicher Feiertag und somit die Weibertätigkeit eines Fabrikbetriebes nicht berechtigt ist...

Wütung. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich hier im Hause des Viehhändlers Fyren. Dort wird ein Anschlag an die elektrische Lichtleitung hergeführt...

Die berühmte Turmweilstruppe, die vor kurzer Zeit auf hoch gespanntem Seil den Kaiserhofen in Brake überquerte und mit seinen magenhaften Klünften auch in Hamburg, Bremen und Wilhelmshaven reiches Lob erntete...

Die Segelclub Weferstrand veranstaltet am kommenden Sonntag ein Gesellschaftssegeln, so daß auch den Vereinsfreunden Gelegenheit gegeben ist, an einer Segelfahrt, die bei günstigem Wetter bis nach Vahnenau geplant ist, teilzunehmen...

Störtebeker. Was ist Störtebeker? Eine Sage und Geschichte in 6 Akten. Die Sage „Störtebeker“ lebt noch heute im Volksmunde...

Das 2. Sportfest der „Freien Turnerschaft“ findet am Sonntag, dem 30. Juli, im „Vindenhof“ statt. Wir kommen noch näher darauf zurück. Die Erhöhung der Gerichtsgebühren. Das Oldenburgische Gesetzblatt veröffentlicht ein Gesetz, nach dem die zuletzt am 10. August 1920 erlassenen Gerichtsgebühren...

Störtebeker. Was ist Störtebeker? Eine Sage und Geschichte in 6 Akten. Die Sage „Störtebeker“ lebt noch heute im Volksmunde...

Störtebeker. Was ist Störtebeker? Eine Sage und Geschichte in 6 Akten. Die Sage „Störtebeker“ lebt noch heute im Volksmunde...

Störtebeker. Was ist Störtebeker? Eine Sage und Geschichte in 6 Akten. Die Sage „Störtebeker“ lebt noch heute im Volksmunde...

Störtebeker. Was ist Störtebeker? Eine Sage und Geschichte in 6 Akten. Die Sage „Störtebeker“ lebt noch heute im Volksmunde...

Selben Augenblick erhielt er einen starken elektrischen Schlag und fiel mit einem lauten Schrei hinfällig. Fyren fing ihn auf und erhielt dabei selbst einen elektrischen Schlag. Da der Finger von Lampe in der Drahtschlinge stecken geblieben war, schnitt Fyren diese mit einer Schere ab...

Oldenburg. Ein Wirt im nördlichen Stadtteil, der auch Kuhhalter ist, hatte im vergangenen Winter viel Pech mit seinem Vieh. Nachdem mehrere Tiere gestorben waren, und wieder einmal eine Kuh, wahrscheinlich wegen Unterernährung, sich aufhebend dem Tode näherte, ließ er eine Postkutschung vornehmen...

Oldenburg. Wie man hört, schweben seit einiger Zeit Ermüdungen darüber, den etwa 100 Gekfar großen westlich vom Viehsteckbahnhof in Oldenburg gelegenen Wämmersieder Exerzierplatz zu besiedeln. Er diente früher namentlich den 19. Dragonern zu ihren Übungen...

Bremen. Von einem herben Mißgeschick wurde der Bädergehilfe Fritz Wiese aus Ziegenhals getroffen, der nach 13jährigem Aufenthalt in Amerika wieder seine Heimat aufsuchen und hier seine arme Mutter und die übrigen nicht mit Glücksgütern gelegenen Verwandten unterstützen wollte...

Kursbericht des Elsflether Bankvereins, Elsfleth, vom 19. Juli 1922.

Table with columns: Aktien, Brief, Geld. Lists various stocks and their values, including Elsflether Heringsfischerei-Gesellschaft, Elsflether Wert, Friedrichs Wert, Oldenburg-Portugiesische D. Ges., Braker Heringsfischerei-Gesellschaft, etc.

Amt Elsfleth.

Elsfleth, den 13. Juli 1922.

Nachdem die **Preisprüfungs-Kommission für den Amtsbezirk Elsfleth** entsprechend beschloffen hat, wird gemäß § 5 der Bekanntmachung des Reichsanwalts vom 25. 9. 15 den **Kleinhändlern für Kolonialwaren** hiermit aufgegeben, in ihren Verkaufsräumen an in die Augen fallender Stelle eine **Tafel auszuhängen**, auf der die **Preise des täglichen Lebensbedarfes** deutlich lesbar verzeichnet stehen.

W i l l m s.

Amt Elsfleth.

Elsfleth, den 15. Juli 1922.

In **Niederhörne, Gemeinde Neuenbrot**, ist unter dem Viehbestande des Landwirts **Joh. Böning** die

Maul- und Klauenfenne ausgebrochen.

Den Sperrbezirk bilden die Seuchenweiden und die unmittelbar benachbarten Weiden. Das Beobachtungsgebiet bildet der östliche der Staatsstraße belegene Teil der Gemeinde Neuenbrot.

Für das Sperrgebiet gelten folgende Bestimmungen:

1. Aus dem Bezirk darf Klauenvieh nicht entfernt werden.
2. In den Bezirk darf Klauenvieh nicht eingeführt werden.
3. Das Durchtreiben von Klauenvieh ist verboten.
4. Schlächtern, Viehfleischeren sowie Händlern und anderen Personen, die gewerbsmäßig in Ställen verkehren, ferner Personen, die ein Gewerbe im Umherziehen ausüben, ist das Betreten aller Ställe und sonstiger Standorte von Klauenvieh im Sperrbezirk, desgleichen der Eintritt in die Seuchengehöfte verboten.
5. Hunde sind festzulegen oder an der Leine zu führen.
6. Dünger und Jauche von Klauenvieh, ferner Gerätschaften und Gegenstände aller Art, die mit solchem Vieh in Berührung gekommen sind, dürfen aus dem Sperrbezirk nicht ausgeführt werden.

Für das Beobachtungsgebiet gelten folgende Bestimmungen:

1. Aus dem Beobachtungsgebiet darf Klauenvieh nicht entfernt werden.
 2. Das Durchtreiben von Klauenvieh ist verboten.
- Zumiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 2 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 30 000 M bestraft.

W i l l m s.

Amt Elsfleth.

Elsfleth, den 15. Juli 1922.

Wegen eines Falles der **Maul- und Klauenfenne** in **Niederhörne, Gemeinde Neuenbrot**, wird gemäß § 168 der Ausführungsbestimmungen zum Viehseuchengesetz für den nördlich der Hunte gelegenen Teil des Amts angeordnet:

1. Der Handel mit Klauenvieh ist verboten für Händler, die nicht innerhalb dieses Gebiets ihre gewerbliche Niederlassung haben.
2. Händler, die innerhalb dieses Gebiets ihre gewerbliche Niederlassung haben, dürfen innerhalb dieses Gebiets nur im Gemeindebezirk ihrer gewerblichen Niederlassung Handel mit Klauenvieh treiben.
3. Die Veranstaltung von Versteigerungen von Klauenvieh ist verboten.

Als Handel gilt auch das Aufsuchen von Bestellungen durch Händler ohne Mitführen von Tieren und das Aufkaufen von Tieren durch Händler.

W i l l m s.

Garten-Konzert

im „Lindenhof“ zu Oberrege.

Die Unterzeichneten veranstalten am **Freitag, dem 21. Juli 1922, abends 7 Uhr**, im Garten des „Lindenhofes“ ein

Opern- und Operetten-Konzert,
(Brater Orchester, Leitung: **Hans Schumacher-Elsfleth**)
mit nachfolgendem **BALL.**

Sie laden die verehrten Einwohner von Elsfleth und Umgegend dazu freundlich ein und bitten in Anbetracht des Gebotenen und der großen Unkosten um gütige Unterstützung. Eintrittskarten zu 15 M einschließlich Steuer sind bereits zu haben bei den Herren **Kunzel, S. Thedmers, Zuchert** und **Kuhlmann**. Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert im renovierten Saale statt.
C. Thoms. D. Kuhlmann. H. Schumacher.

Achtung!

Achtung!

Die

Turmseiltruppe

die den Lauf zuletzt in Brake über den Kaiserhafen, sowie in Hamburg über die Alster, in Bremen über die Weser und in Wilhelmshaven über den Hafen ausführte, wird
ab **Freitag, den 21. Juli in Elsfleth (Ahlers Weie)**
ihre

große Sensation vorführen.

Freitag und Sonnabend, Abends 8 Uhr,
sowie Sonntag, Nachmittags 4 und Abends 8 Uhr:

Grosse Vorstellungen.

Preise der Plätze: Sitzplatz 10 M, Stehplatz 8 M, Kinder halbe Preise.

Die Direktion.

Die Schaugräben und Höhlen

der

Elsflether Höhlenacht

sind bis zum **3. August** in schaufreien Stand zu setzen.

Die Senkpfosten müssen an diesem Tage geöffnet sein.

Mangelpföste werden gebrücht.

D. Klockgether, Geschworener.

Rotwein

Weisswein

Portwein

Apfelwein

Cognac

Rum

Arrac

Steinhäger

Likör

Sekt

empfiehlt

Wilh. Oetken.

Habe waggonweise abzugeben zu baldiger Lieferung gutes

Wiesenheu

neuer Ernte und erbitte Anfragen an **Aug. Wilken, Oldenburg i. O.,** Gaffstraße 28. Fernruf 1876/1877.

Fettes Rindfleisch

(Gefrierfleisch),
Pfund 54 M.
St. W. Wedelich.

Zahle für

Laubreith

Mark 300.— per Fiehmern
franko Elsfleth, 1/2 m Band.
Erbitte Angebot.

Herm. Schmidt, Elsfleth.
Telefon 223.

10 Bdg. Portland-Zement,
10 Bdg. Atlas-Zement verkauft
Hoffmann, Magdeburg, Wilhelmstr. 5

Bruchkranke

fönnen ohne Operation und Verunsicherung geheilt werden. Sprechstunden in **Oldenburg, Hotel Fischer, am 24. Juli** von 9 bis 1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Gesucht zum **15. August** oder später geb. fribl.

Stütze

für abgesehl. Etage, Familienanschluß.

Frau **Hans Strieck, Bremen,**
J. St. **Wangerooge, Villa Seerole.**

Segelclub

Weserstrand (e.V.)

Freitag, den 21. Juli,
8 1/2 Uhr abends,

Verammlung,
betr. Gesellschaftsregeln
am 23. Juli.

Die Ortsgruppe Berne

der

Kriegsbeschädigten und

Kriegshinterbliebenen

hält

am **Sonnabend, dem 22. Juli**

einen

BALL

in **Stolle's Saal** in **Huntebrück** ab.

Anfang 7 Uhr.
Der Festauschuß.

Allgemeine Ortskrankenkasse für den Amtsbezirk Elsfleth.

Die Grundlöhne und Beiträge sind lt. Beschluß ab 1. August d. J. wie folgt festgesetzt:

Lohnstufe	Tagesverdienst bis 10 M	Grundlohn 10 M	Wochenbeitrag 3.90 M
1	15	15	5.85
2	20	20	7.80
3	25	25	9.75
4	30	30	11.70
5	40	40	15.60
6	50	50	19.50
7	60	60	23.40
8	70	70	27.30
9	80	80	31.20
10	100	100	39.00
11	120	120	46.80

Nachdem die Versicherungsgrenze durch Gesetz seit 9. Juni d. J. auf 72 000 M erhöht worden, ist die Anmeldung derjenigen Beschäftigten, welche durch diese Vorschrift der Versicherungspflicht neu unterstellt werden, bis zum **25. Juli d. J.** festgesetzt.

Der Wochenbeitrag für die Familienversicherung beträgt ab 1. August d. J. 3 M.

Die von den Arbeitgebern zu machenden Angaben betr. Entlohnung ab 1. August d. J. haben bis zum **4. August d. J.** bei der Kasse zu erfolgen.

Elsfleth, 17. Juli 1922.

Der Vorstand.

Kunzel.

Elsflether Herings-Fischer-Gesellschaft

Die auf **Dienstag, den 25. Juli d. J., nachmittags 4 1/2 Uhr**, im Gasthause „Fürst Bismarck“, hier, einberufene

ausserordentl. Generalversammlung

wird hiermit auf

Mittwoch, den 9. August d. J.,

verlegt mit der Tagesordnung wie am 4. Juli d. J. bekannt gegeben. Die Hinterlegung der stimmberechtigten Aktien muß bis zum **6. August d. J.** bei den bekanntgegebenen Hinterlegungsstellen erfolgen.

Elsfleth, den 18. Juli 1922.

Der Aufsichtsrat.

Dr. Steenfien, Vorsitzender.



„Freie Turnerschaft“, Elsfleth.

Sonntag, den **30. Juli 1922,**
im „Lindenhof“ (D. Kuhlmann)

II. SPORT-FEST.

Fest-Folge:

Vorm. 6—8 Uhr: Empfang der auswärtigen Vereine.
8 Uhr: Beginn der Wettkämpfe.

Nachm. 2 Uhr: Aufstellung des Festzuges.
2 1/2 Uhr: Abmarsch zum Sportplatz.

Anschließend: Turnspiele und Vereinswettkämpfe.
5 Uhr: Sieger-Verkündigung.

Anschließend: **BALL.**

Um zahlreichen Zuspruch von Nah und Fern bitten
D. Kuhlmann. Der Festausschuß.

Tivoli-Lichtspiele

(Mühlenstraße).

Freitag, den 21. Juli,
abends 8 Uhr:

Spannend! Spannend!

„Störtebeter“.

6 Akte aus Geschichte und Sage erzählt von **W. Jung** und **J. Uebrig.**

Das brennende Trapez

oder

Die Arena des Todes.

Sensations-Zirkus-Drama in 4 Akten.

„Zum Deutschen Hause“.

Sonntag, den **23. Juli:**

Tanz-Kränzchen.

Anfang 5 Uhr.
Es ladet freundlich ein
Fr. Schriefer.

Johannisbeeren

zu verkaufen.

J. D. Hinrichs, Neuenweg.

„Lindenhof“.

Sonntag, den **23. Juli:**

Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr.
Es ladet freundlich ein
D. Kuhlmann.

Geburts-Anzeige.

Der Geburt eines

gefunden Sohnes

erfreuten sich

Kurt Marx und Frau,
Lilly geb. Grabhorn.

Gräfenroda, 15. Juli 1922.

Dankagung.
Für die uns anlässlich unserer Hochzeit erteilten Aufmerksamkeit sagen wir unsern

herzlichsten Dank.
Emil Kuck und Frau,
Johanne geb. Harms.
Neuenfelde, 14. Juli 1922.